

PARITÄTISCHE Vorschläge
zum
WTO-Dienstleistungsabkommen
GATS

Frankfurt am Main/Brüssel

13. Februar 2003

Der Paritätische Wohlfahrtsverband -
Gesamtverband
Heinrich-Hoffmann-Straße 3
D-60528 Frankfurt am Main
Tel. + 49 69-6706-0
Fax + 49 69-6706-207
Internet <http://www.paritaet.org/>

EU-Repräsentanz des Paritätischen
Wohlfahrtsverbandes
83, rue du Prince Royal
B-1050 Brüssel
Tel.: + 32 2 502.14.32
Fax: + 32 2 502.13.91

1. Das "Allgemeine Abkommen über Handel mit Dienstleistungen" GATS

Das "Allgemeine Abkommen über Handel mit Dienstleistungen" GATS (= General Agreement on Trade in Services) wurde 1994* eingerichtet. GATS wurde dann von der 1995 gebildeten Welthandelsorganisation WTO (= World Trade Organisation) übernommen. Der Anteil der Dienstleistungen am Bruttoinlandprodukt der westlichen Industrieländer beträgt über 60 Prozent; der Anteil der Dienstleistungen am Welthandel liegt dagegen bei 20 Prozent. Dies soll durch GATS geändert werden. Ziel des GATS-Abkommens ist eine durchgreifende Liberalisierung des weltweiten Handels mit Dienstleistungen.

Die seit dem 1. Januar 2002 laufenden neuen Verhandlungen zu GATS kommen nun in die entscheidende Phase. Der Zeitplan der Verhandlungen sieht vor, daß alle WTO-Mitgliedstaaten bis zum 31. März 2003 ihre Liberalisierungsangebote einreichen müssen. Die EU-Mitgliedstaaten werden hierbei von der EU-Kommission vertreten. Gegen Mitte/Ende Januar 2003 hat die Kommission einen ersten Entwurf für die Ausgangsangebote erarbeitet, auf die die EU-Mitgliedstaaten bis Mitte Februar reagieren sollen. Ende Januar bis Mitte Februar scheint daher der entscheidende Zeitraum für die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament zu sein, ihrer demokratischen Kontrolle bei der Formulierung der GATS-Angebote zu genügen.

Aufgrund der Struktur des GATS-Vertrages sind einmal eingegangene Verpflichtungen faktisch nicht mehr zurückzunehmen. Befürchtungen sind laut geworden, daß bei der Europäischen Kommission Forderungen anderer Länder eingegangen seien, die die Freigabe u. a. der Märkte Gesundheit, Bildung und Soziales betreffen.

Zwar ist das GATS-Abkommen - wegen seines intergovernmentalen Charakters - auf der nationalstaatlichen und auf der EU-Ebene wesentlich leichter politisch zu kontrollieren als vergleichbare wirtschaftspolitische Vorhaben innerhalb der Europäischen Union, dennoch sollten Bundesregierung und EU-Kommission den derzeitigen Stand der Verhandlungen offenlegen.

* am Ende der Uruguay-Runde des "Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens" GATT (= General Agreement on Tariffs and Trade)

Die GATS-Verhandlungen könnten für die Freie Wohlfahrtspflege durchaus ernste Folgen haben, wenn sich beispielsweise die extrem wirtschaftsliberalen Positionen der USA durchsetzen. Regulierungen von Dienstleistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge und insbesondere im sozialen Bereich, im Gesundheitsbereich und in der Bildung dürfen aber nicht ausschließlich unter WTO-Vorbehalt gestellt werden.

2. Selbstverständnis des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes

Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband ist Dachverband von über 9.500 rechtlich selbständigen Mitgliedsorganisationen, die soziale Arbeit als Hilfe für andere oder als Selbsthilfe leisten. Der PARITÄTISCHE ist Dienstleister für die ihm angeschlossenen Vereine und Organisationen der sozialen Arbeit und vertritt deren Interessen und die der von ihm betreuten Menschen gegenüber Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung.

Mit diesem Mandat setzt sich der PARITÄTISCHE gemäß seinen im Oktober 1989 verabschiedeten Grundsätzen der Verbandspolitik ein

- für die Rechte der Menschen auf soziale Hilfen, wenn sie sich in Not befinden;
- für eine Politik, die auf die Beseitigung der Ursachen sozialer Not und sozialer Benachteiligung zielt;
- für das Initiativrecht freier Vereinigungen in der Wohlfahrtspflege und den Vorrang des mitbürgerlichen Engagements und der Selbsthilfe vor staatlichen Initiativen.

3. PARITÄTISCHE Vorschläge zu den GATS-Verhandlungen der Bundesregierung

Entsprechend seiner Aufgaben und seinem Selbstverständnis bittet der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband die Bundesregierung, bei ihren Verhandlungen auf der Ebene der WTO bzw. im Rahmen der Europäischen Union darauf zu achten,

- (1) daß - trotz des sehr engen Zeitrahmens - die Öffentlichkeit in angemessener Weise informiert und beteiligt wird;

- (2) daß die Zivilgesellschaft im sozialen Bereich in die sie betreffenden Verhandlungen durch die Bundesregierung partnerschaftlich einbezogen wird;
- (3) daß bei den GATS-Verhandlungsergebnissen auf die jeweils besondere Bedeutung von gewinnorientierten und gemeinwohlorientierten Wirtschaftsstrukturen geachtet wird, die der Erstellung von Gütern und Erbringung von Dienstleistungen dienen;
- (4) daß das Prinzip der Subsidiarität geachtet und gestärkt wird. Die Vielfalt der sozialen, kulturellen und politischen Traditionen in Deutschland wie in den europäischen Mitgliedstaaten sind zu bewahren. Freie Vereinigungen in Bildung, Kommunikation und Versorgung mit sozialen Diensten müssen in die Lage versetzt werden, ihre gesellschaftlichen und politischen Wirkungsmöglichkeiten wahrzunehmen.

Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband
- Der Vorstand -
Frankfurt am Main, 13. Februar 2003